Moderne Form der Hexenjagd

16.03.2023

Nach der Tötung eines 12jährigen Mädchens aus Freudenberg tauchten persönliche Daten der mutmaßlichen Täterinnen in den sozialen Medien auf.

Der Bundesvorsitzende des BDK, Dirk Peglow, warnt in einem Interview mit dem Redaktionsnetzwerk Deutschland davor, Namen, Fotos oder vermeintliche Social-Media-Profile der mutmaßlichen Täterinnen von Freudenberg im Internet zu verbreiten.

> *„Die Verbreitung von persönlichen Daten oder Bildern mutmaßlicher Beschuldigter durch private Personen in sozialen Medien stellt eine moderne Form der Hexenjagd dar. Die Gefahr ist groß, dass Menschen öffentlich mit der Tat in Verbindung gebracht werden, die gar nichts mit ihr zu tun haben.“*

Diese öffentlich angeprangerten Menschen laufen dann Gefahr, verbal oder gar körperlich angegangen zu werden. Faktenchecks werden nicht gemacht, hier steht meist der Leitgedanke: *"Viel Meinung und wenig Ahnung“* im Vordergrund. Dirk Peglow weiter:

> *„In den Sozialen Medien erreicht man ohne Kenntnis der Faktenlage mit solchen Meldungen in sehr kurzer Zeit einen großen Kreis von Menschen, ohne sich darüber im Klaren zu sein, sich damit zum Beispiel wegen des Verdachts der falschen Anschuldigung selbst strafbar zu machen.“*

Auch sind direkt nach der Tat Forderungen nach der Herabsenkung der Strafmündigkeit laut geworden. Die Strafmündigkeitsgrenze bei 14 Jahren anzulegen resultiert aus einer Entscheidung aus dem Jahre 1953. Seitdem kommt die Diskussion um die Herabsetzung des Alters auf etwa 12 Jahre immer wieder dann auf, wenn solche schrecklichen Taten bekannt werden, wie jetzt in Freudenberg.

> *„Es steht außer Frage, dass uns solche Taten fassungslos machen, wir sollten die Diskussion über die Herabsetzung der Strafmündigkeit aber weder emotional noch anhand eines einzelnen Deliktes führen. Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass die Herabsetzung der Strafmündigkeit nicht dazu führen wird, Delikte wie das in Freudenberg zu verhindern.“*

so der Bundesvorsitzende des BDK.
Vielmehr sollte dafür Sorge getragen werden, dass in ausreichender Form Hilfs- und Unterstützungsangebote vorhanden sind und dass die Jugendämter mit dem erforderlichen Personal ausgestattet werden, um ihre Arbeit machen zu können, die immer dann in die kritische Betrachtung der Öffentlichkeit kommt, wenn etwas passiert ist.

Bericht beim RND

Foto: von dole777 auf Unsplash

Schlagwörter
Bund
Urheberrechte

Foto von dole777 auf Unsplash https://unsplash.com/de/fotos/EQSPI11rf68
diesen Inhalt herunterladen: PDF